# Nationalnarzissmus

**Debatte** Die Ich-Gesellschaft hat die Rechtspopulisten stark gemacht.

Es gibt Zeiten des Ich, und es gibt Zeiten des Wir. Phasen, in denen es um die Gemeinschaft geht, und Phasen, in denen der Glaube an das Individuum den Zeitgeist bestimmt. Die westlichen Gesellschaften erleben derzeit eine Epoche des Ich. Die kollektiven Zwänge haben an Macht verloren, am vorläufigen Ende der Entwicklung steht das freie Individuum, erhaben über Kategorien wie Ideologie, Herkunft und sogar Geschlecht. Die Extremform dieses Individuums ist der Narzisst. Ein strahlendes Ego, aber auch ein bisschen bemitleidenswert. Weil der Narzisst vor lauter Ich das Wir nicht mehr kennt. Dieses Wir kann ein großes Wort sein, das die ganze Gesellschaft umschließt, letztlich sogar die Menschheit. Manchmal aber ist das Wir auch nur ein Wörtchen.

Wenn nun bei den Wahlen in Österreich und dem Referendum zum Brexit Populisten in einem Ausmaß Erfolge feiern, wie es das in der europäischen Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gegeben hat, scheint es, als würde sich in unserem Zeitalter des Ich wieder ein Wir herauskristallisieren. Das wäre nicht nur politisch, sondern auch mentalitätsgeschichtlich eine Zeitenwende.

Für dieses populistische Wir steht in Deutschland die AfD. Alexander Gauland hat es benutzt, um seinen Parteifreunden in einer E-Mail seinen berüchtigten Satz über Jérôme Boateng zu erklären: „Mir ging es um eine Beschreibung von Gefühlen, die wir alle überall in unserer Nachbarschaft wahrnehmen.“ Es scheint die Allgemeinheit zu sein, die Gauland mit den Worten „wir alle überall“ beschwört. Doch dieses „wir alle“ kann es so gar nicht geben – dafür reicht der Einspruch eines Einzelnen. Ein Ich, das sich dem Wir entgegenstellt.

„Ich nicht“ ist der Titel eines Buchs von Joachim Fest, lange Herausgeber der „FAZ“. In dem geht es um den individuellen Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Volksgemeinschaft. Die totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts, auch der Kommunismus, haben das Wir missbraucht und zum Staatsziel erhoben: „Du bist nichts, dein Volk ist alles“, war eine Parole der Nazis. Aber auch die soziale Marktwirtschaft der alten Bundesrepublik war so austariert, dass sich ein Wirgefühl entwickelte, das alle Schichten einschloss, weil das, was der Allgemeinheit nutzte, in der Regel auch für den Einzelnen gut war.

Das Wir, vorgegeben durch eine höhere Idee, hat die europäischen Gesellschaften auf ihrem Weg vom Feudalismus hin zur Demokratie getragen. Unter absolutistischen Herrschern galt der Satz Ludwigs XIV.: „L’État, c’est moi“, der Staat bin ich. Dem setzten die Reformer und Revolutionäre ihre Ideen vom Kollektiv entgegen, vereint durch Rasse, Klasse oder Utopie. Diese kollektiven Einheiten haben die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts im Guten wie im Schlechten bestimmt, bis sich die Masse in den Achtzigern ein vorerst letztes Mal erhob: gegen das Diktat des Wir im Sozialismus.

In dieser Zeit war Europa einem „Individualisierungsschub von bislang unerkannter Reichweite“ ausgesetzt, so die Diagnose des Soziologen Ulrich Beck. Maggie Thatchers berühmte These „There is no such thing as society“ schien sich zu bewahrheiten. Wo keine Gesellschaft ist, da ist auch kein Wir. Es waren die Jahre der Privatisierungen, des Outsourcings, des Neoliberalismus. Das Wir, der Staat, war auf dem Rückzug. Und mit ihm die gesellschaftlichen Institutionen. In Deutschland brachte dieser Umbruch Gerhard Schröders „Ich-AG“, eine Wortkreation als Ausdruck des Zeitgeists. Heute hat sich der Individualismus derart durchgesetzt, dass das Ich manchmal sogar dort steht, wo eigentlich der Plural gemeint ist: „Je suis Charlie“, schrieben die Menschen nach dem Terroranschlag in Paris. Dabei waren sie so viele, dass es für ein „nous“, das französische

Wir, locker gereicht hätte. Die Selbstmordattentäter hingegen benutzen das eigene Ich als Waffe.

Sozialwissenschaftler beschreiben, wie sich die Gesellschaft mit dem Siegeszug des Ich verändert hat: Den „Zerfall des sozialen Zusammenhalts und die Schwäche kollektiver Akteure“ sieht Zygmunt Bauman in seiner Epochendiagnose „Flüchtige Moderne“. Und Colin Crouch erfand den einprägsamen, gern zitierten Slogan „Postdemokratie“: „Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten.“

ARNO BURGI / DPA

**Pegida-Demonstranten in Dresden**
Völkisch überhöhter Egoismus

Crouch ist ein Linker, aber es ist gut vorstellbar, dass er mit seiner These auch bei der AfD Applaus erhielte. Viele der neuen Populisten gelten als rechts, doch sie haben von der Linken die Kritik an der Herrschaft der Eliten übernommen. Wenn sich die Mehrheit der Briten gegen Brüssel wendet, wenn in Österreich Norbert Hofer Chancen hat, Präsident zu werden, und in den USA Donald Trump, wenn in Deutschland die Pegida-Anhänger bei ihren Märschen „Wir sind das Volk!“ rufen, dann wirkt das wie ein Feldzug gegen diese Eliten. Doch das rechtspopulistische Wir wendet sich nicht nur gegen die „Volksverräter“ in Regierung und „Lügenpresse“, sondern auch gegen Ausländer, Flüchtlinge, Muslime, Schwarze; gegen alle, die nicht so sind wie man selbst. In seinem Essay „Was ist Populismus?“ schreibt der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller: „Populisten behaupten: ‚Wir sind das Volk!‘ Sie meinen jedoch: Wir – und nur wir – repräsentieren das Volk.“

Nigel Farage hat einen bemerkenswerten Satz gesagt, als er kurz nach dem gewonnenen Brexit-Referendum vom Ukip-Vorsitz zurücktrat: „I want my life back.“ Ein ziemlich narzisstischer Satz für jemanden, der sein Land in eine Staatskrise gestürzt hat und das Machtgefüge eines ganzen Kontinents in Turbulenzen, deren historische Folgen nicht abzusehen sind. Auch im AfD-Machtkampf zwischen Jörg Meuthen und Frauke Petry treten die Einzelinteressen hinter den Parteiinteressen deutlich hervor. Ob Boris Johnson, Donald Trump oder Alexander Gauland, der gesagt hat, dass es für die AfD gewinnbringender sei, nicht zu regieren, sondern in der Opposition Forderungen zu erheben – die Wortführer der Populisten haben zuletzt den Eindruck erweckt, dass es ihnen weniger um das Gemeinwesen geht als um sich selbst. Womit sie sich als typische Vertreter ihrer Zeit erwiesen hätten.

Erklärt wird der Erfolg der Populisten oft mit der These, deren Anhänger seien die wirtschaftlich Abgehängten, die Globalisierungsverlierer. Auf einen Teil der Wählerschaft mag das zutreffen – und doch ist der Glaube, mit ein paar staatlichen Förderprogrammen gegen Arbeitslosigkeit oder für bessere Infrastruktur sei der Rechtspopulismus aus der Welt zu schaffen, ziemlich sozialromantisch. Wenn die AfD in einem florierenden Bundesland wie Baden-Württemberg drittstärkste Kraft wird, wenn an der Côte d’Azur der Front National siegt oder in der Schweiz die SVP, ist das weniger Zeichen des sozialen Elends als des kollektiven Egoismus. Eine fast logische Folge des „Individualisierungsschubs“ und des „Zerfalls des sozialen Zusammenhalts“, den Ulrich Beck und Zygmunt Bauman diagnostiziert haben.

Das Erstarken des Rechtspopulismus markiert lediglich die nächste Stufe dieser Entwicklung. Sie findet nicht auf der persönlichen Ebene statt, sondern auf der nationalen. Den Populisten geht es um einen völkisch überhöhten Egoismus, den Rückzug aus der internationalen Gemeinschaft. Es ist das verkrüppelte Wir einer Ich-Gesellschaft, die nur noch mit denjenigen Solidarität empfinden kann, in denen sie ihr eigenes Spiegelbild erkennt. Man könnte auch Nationalnarzissmus dazu sagen.

Das Wir der Populisten ist ein Wort, das sich größer macht, als es ist. Das Wir der Wagenburg. Es tut so, als spräche es für die Allgemeinheit. Aber jedes Wir ist eine Gruppe von Ichs.

Sebastian Hammelehle